

Schwerpunkt Konflikt im Gesundheitswesen

Mauro Pedrazzini: «Es war niemand in der Stimmung, Adventslieder zu singen»

Interview Die Ärztekammer kritisiert eine Verordnung, welche flankierend zum neuen Krankenversicherungsgesetz am 1. Januar in Kraft treten soll. Laut Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini ist diese jedoch noch nicht in Stein gemeisselt. Es gibt durchaus noch Handlungsspielraum.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Der Wunsch des Regierungschefs ist bereits vor Weihnachten in Erfüllung gegangen. Er hatte sich eine Ärztekammerpräsidentin gewünscht, welche mit der Regierung spricht. Das hat sie am Donnerstagabend getan. Ruth Kranz-Candrian hat mit Ihnen und Adrian Hasler ein klärendes Gespräch geführt. Wie war das Gesprächsklima? Mauro Pedrazzini: Wir konnten offen und sachlich über die Anliegen der Ärztekammer sprechen. Es war jedoch niemand in der Stimmung, Adventslieder zu singen.

Der Streitpunkt ist offenbar nicht das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG), welches Anfang Jahr in Kraft tritt, sondern eine Verordnung, welche die Regierung dazu verabschiedet. Welche Punkte darin werden von der Ärztekammer kritisiert?

In einer Verordnung werden Gesetzesbestimmungen konkretisiert. Der Verordnungsentwurf sah vor, dass im Rahmen eines Vertrags, den ein Arzt mit den Krankenkassen schliesst, auch detaillierte Regelungen enthalten sind über das, was der Arzt leistet. Die Ärztekammer wünscht sich hier grössere Freiheiten als das im Entwurf zum Ausdruck kam.

Die Ärzte fühlen sich zur Scheinselbstständigkeit degradiert. Wie weit will der Staat hier in die unternehmerische Freiheit eingreifen und warum?

Verträge werden im Rahmen einer Bedarfsplanung vergeben. Es wird also festgelegt, wie viele Ärzte in den einzelnen Fachbereichen tätig sein sollen. Ein Vertrag mit einem Arzt muss also so gestaltet sein, dass er zur entsprechenden Stelle in der Bedarfsplanung passt und dass mit

der Gesamtheit aller Verträge die Versorgung sichergestellt ist.

Wie viel Spielraum haben Sie bei dieser Verordnung? Was muss von Gesetzes wegen darin festgelegt werden und wo könnten Sie den Ärzten entgegenkommen? Die Verordnung hat sich innerhalb des Rahmens zu bewegen, den das Gesetz vorgibt. Ich denke, dass der Spielraum gross genug ist, um den Anliegen der Ärzteschaft entgegenzukommen. Es geht nicht um staatlichen Dirigismus, es geht um eine funktionierende Bedarfsplanung und diese ist durchaus so umsetzbar, dass die Vorwürfe einer «staatlich diktierten medizinischen Versorgung» entkräftet werden können.

Könnte man dieses Gesetz nicht zunächst auch ohne diese flankierende Verordnung in Kraft setzen - so, damit man Zeit für weitere Verhandlungen gewinnt? Wir haben gestern angeboten, die Verordnung so zu gestalten, dass der Kritik der Ärzteschaft Rechnung getragen wird. Es geht nicht um sehr viele Ordnungsbestimmungen, sodass diese Änderungen schnell umgesetzt werden können und die versprochene Rückmeldung der Ärztekammer auch nicht lange auf sich warten lassen sollte.

Hat diese Verordnung oder die Einführung des Tarmed finanzielle Konsequenzen für die Ärzte? Werden die Ärzte künftig damit weniger verdienen?

In der Verordnung geht es auch um die Umsetzung der Bedarfsplanung. Wie immer bei neuen Gesetzen wird der Besitzstandswahrung grosses Gewicht beigemessen, sodass von

dieser Seite kaum finanzielle Konsequenzen zu befürchten sind. Im Tarmed sind einige Leistungen günstiger als im heutigen Tarif, andere dafür teurer. Für den einzelnen Arzt kann das zu einer Veränderung des Einkommens führen, sowohl zum Positiven als auch zum Negativen.

Die Situation ist kurz vor Weihnachten eskaliert - nach der letzten Landtagssitzung. Warum kommt das jetzt so spät? Man weiss ja schon seit einem Jahr, dass diese Gesetzesänderung kommt.

Die Regierung hat dem Krankenkassenverband und der Ärztekammer für Verhandlungen rund um den Tarif Zeit gegeben bis zum 15. November. Bekanntlich konnte keine Einigung gefunden werden, sodass die Regierung nun den Taxpunktwert festlegen muss. Die Erarbeitung der Verordnung hat länger gedauert als zunächst geplant. Sie beinhaltet neben den wenigen Artikeln, welche von der Ärztekammer kritisiert werden, noch viele andere Bestimmungen, welche aufgrund der KVG-Revision anzupassen waren, aber nicht Gegenstand der Diskussionen sind.

Ihre Rhetorik und auch die der Ärztekammer wurde in den letzten Tagen mehrfach kritisiert und auch als Grund genannt, dass der Streit dermassen eskaliert ist. Wie sehen Sie das?

Es gibt Missstände in unserem System. Diese benenne ich klar und packe sie an. Mit dieser Vorgehensweise macht man sich manchmal keine Freunde. Mir wird oft vorgeworfen, dass ich alle Ärzte pauschal in einen Topf werfe. Das stimmt nicht. Ich habe immer deutlich gesagt, dass die

meisten Ärzte korrekt arbeiten und korrekt abrechnen.

Vor rund elf Jahren gingen die Ärzte schon einmal auf die Barrikaden. Damals schon sollte der Tarmed eingeführt werden. Die Ärzte haben mit harten Bandagen gekämpft und sogar in den Praxen Unterschriften gesammelt. Der Landtag verschob dann die Einführung des Tarmed, er trat dann nach heftigem Widerstand gar nicht mehr in Kraft. Geht es wirklich nur um die Verordnung oder könnte auch der Tarmed wieder zur Disposition stehen?

Es ist schon fragwürdig, dass die Ärzte angekündigt haben, im neuen Jahr nicht nach Tarmed, sondern nach dem

bestehenden Tarif abrechnen zu wollen. Das widerspricht ihren Äusserungen, dass sie mit dem Tarmed und dem Taxpunktwert der Ostschweiz keine Probleme hätten. Der Tarmed kann aber nicht zur Disposition gestellt werden, er ist im Gesetz festgelegt.

Sie haben ja angekündigt, nach den Wahlen weiter für das Amt des Regierungsrats zur Verfügung zu stehen. Werden Sie das Gesundheitsministerium nochmals übernehmen wollen?

Zuerst sollten wir die Wahlen abwarten. Ich denke aber, dass sich der Andrang beim Posten des Gesundheitsministers in Grenzen hält.

«Ich denke, dass der gesetzliche Spielraum gross genug ist, um den Anliegen der Ärzteschaft zu entsprechen.»



Mauro Pedrazzini:

«Mir wird oft vorgeworfen, dass ich alle Ärzte pauschal in einen Topf werfe. Das stimmt nicht. Ich habe immer deutlich gesagt, dass die meisten Ärzte korrekt arbeiten und korrekt abrechnen.» (Foto: Michael Zanghellini)

Stellungnahme der Ärztekammer

Ärzeschaft wurde die Würde genommen

ESCHEN Die Ärztekammer hat in einem Gespräch mit Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini und Regierungschef Adrian Hasler die Gründe für den von der gesamten Ärzteschaft gefällten Beschluss, ab 1. Januar 2017 nicht mehr in der OKP tätig zu sein, ausführlich erläutert. Die Regierungsvertreter haben zur Kenntnis genommen, dass die Ärzteschaft aufgrund des abgeleisteten Eids eine staatlich diktierte medizinische Versorgung, in welcher der Patient nicht als Mensch, sondern als Kostenfaktor gesehen wird, nicht mittragen kann und wird. Die Aufhebung der ärztlichen Behandlungs- und Therapiefreiheit zulasten des Patienten ist für die Ärzteschaft ebensowenig tragbar wie die Aufhebung der Handels- und Gewerbefreiheit und die daraus resultierende Degradierung des freien ärztlichen Berufsstands zu Scheinselbstständigen bzw. Angestellten des Staates oder der Krankenkassen.

Vertrauen in Politik erschüttert

Die Regierungsvertreter haben ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Ärzteschaft und Regierung durch die jahrelange Desavouierung eines kompletten Berufsstands

nachhaltig erschüttert ist. Durch die politische Rhetorik der letzten Jahre und die Stigmatisierung des gesamten Berufsstands als Kostentreiber, Abzocker und Powerseller wurde der Ärzteschaft die Würde genommen und ihr die Ausrichtung des gesamten ärztlichen Handels an die Patienteninteressen abgesprochen. Es wird Zeit und ehrliche Bemühungen benötigen, das Vertrauen in die politische Führung des Landes wiederherzustellen.

Die Ärzteschaft ist selbstredend interessiert, die bestehende Vertrauenskrise zu überwinden. Dazu bedarf es jedoch eines Umdenkens im Umgang mit den Ärzten und den gesamten Gesundheitsberufen, die sich tagtäglich mit Leidenschaft, Engagement und Aufopferung für die Gesundheit der heimischen Bevölkerung einsetzen sowie einer Rückbesinnung zu einer medizinischen Versorgung, welche dem Patienten den uneingeschränkten Zugang zu einer hochqualitativen Medizin ermöglicht, statt ihn als prämienszahlenden Kostenfaktor anzusehen. Bis dahin wird die Ärzteschaft ihren Entscheid, ab 1. Januar 2017 nicht mehr für die OKP tätig zu sein, wie geplant umsetzen. Die Ärztekammer hat Verständnis für die aktuelle Ver-

unsicherung der Patienten und hat den Regierungsvertretern ans Herz gelegt, die in ihrer Entscheidungskompetenz liegenden Mittel zu ergreifen, um die Sicherstellung der medizinischen Versorgung ab 1. Januar 2017 zu gewährleisten. Es muss oberstes Ziel aller involvierten Parteien sein, den Patienten nicht zum politischen Spielball zu machen, die Versorgungssicherheit der Bevölkerung hat jederzeit oberste Priorität.

Stellungnahme des Krankenkassenverbandes

Rechnungen werden bezahlt

SCHAAN Gemäss der Rechtsauffassung des LKV sind sowohl der Tarifvertrag als auch die einzelnen OKP-Verträge aufrecht. Die Krankenversicherung ist deshalb der Schuldner der erbrachten OKP-Leistung. Der Patient muss sich daher um die Kostenerstattung keine Sorgen machen. Diese läuft wie gewohnt zwischen Ärztin oder Arzt und Krankenversicherer. Sollte ein Versicherter eine Rechnung direkt erhalten, kann er diese bei seiner Krankenversicherung einreichen. Konkret kann also

Stellungnahme des Regierungschefs

Regierung reagiert auf Kritik

VADUZ Beim Gespräch wurden die aus Sicht der Ärztekammer kritischen Punkte des Entwurfs der Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz besprochen. Weiter wurden auch grundsätzliche Vorbehalte der Ärzteschaft gegenüber der Gesundheitspolitik erörtert. Die Vertreter der Regierung haben aufmerksam zugehört und die Kritik der Ärztekammer aufgenommen. Die Regierungsvertreter haben daraufhin Hand geboten, Anpassun-

gen an der Verordnung vorzunehmen, um den Anliegen der Ärztekammer entgegenzukommen. Es ist dem Regierungschef wichtig, dass die Regierung eine Verordnung verabschiedet, welche die Bedenken der Ärzteschaft zu berücksichtigen. Ein abgeänderter Entwurf der Verordnung, welche die Forderungen der Ärztekammer aufnimmt, wird ihr nun zu gestellt. Die Ärztekammer hat zugesagt, hierzu Stellung zu nehmen.

Die Regierungsvertreter setzen sich dafür ein, dass die Patienten weiterhin in gewohnter Weise ihren Arzt aufsuchen können und die Krankenkassen die Rechnungen begleichen. Zentral ist, dass dieser Konflikt nicht zulasten der Versicherten geht. Gemäss Absprache mit den Krankenkassen werden alle Patienten er sucht, Rechnungen für Arztleistungen, welche sie allenfalls direkt erhalten, der Krankenkasse weiterzuleiten.